



Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog

der Landesregierung Baden-Württemberg

Bericht über die Klausurtagung am 19-20 September in der Evangelischen Akademie Bad Boll

An der Klausurtagung des Rats für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) nahmen neben den Mitgliedern des Rates für Entwicklungszusammenarbeit Vertreterinnen der verschiedenen Landesministerien in der Interministeriellen Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit (IMA) und Eine-Welt-Promotorinnen teil.

Mauricio Salazar verwies in seiner Begrüßung der Teilnehmenden der zweitägigen Klausurtagung in Bad Boll, auf die aktuelle globale Situation, in der sich viele Menschen gezwungen sehen zu fliehen, um ihr Leben zu retten oder ein Auskommen zu finden. Die Hoffnung auf ein Leben ohne Angst und Not veranlasst viele Menschen in unterschiedlichen Weltregionen sich auf den Weg zu machen. Die Fliehenden bräuchten nicht nur unsere Solidarität, sondern auch unser Handeln. Dazu müssten Strukturen der Ungerechtigkeit beseitigt werden, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Ziel sei es nachhaltige Veränderungen anzustoßen. Die Klausurtagung verfolge dieses Ziel, indem es die Möglichkeit bietet Altes zu reflektieren und Neues zu planen. Er wünsche daher allen Teilnehmenden aus Zivilgesellschaft und den Ministerien zwei Tage des intensiven und produktiven Austausches.

Herr Dr. Christoph Grammer hieß die Teilnehmenden zur fünften Klausurtagung von Seiten des Staatsministeriums willkommen und betonte, dass sich die diesjährige Klausur der Aktion widmen werde. Nachdem der Schwerpunkt der letztjährigen Klausur, die strategischen Überlegungen und die Erstellung der Zwischenbilanz des REZ im Vorfeld der Landtagswahl waren, gehe es in diesem Jahr um die Umsetzung der Ideen. An sieben Thementischen könnten sich die Teilnehmenden über einzelnen Schwerpunkten abstimmen, Vorgehen harmonisieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten. Zusätzlich böten drei Vorträge Raum für Reflexion über drei wichtige, aktuelle Entwicklungen. Die Frage nach Potenzialen des entwicklungspolitischen Engagements im ländlichen Raum, dem Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und dem Aufschwung neuer populistischer Kräfte, die Entwicklungspolitik grundsätzlich in Frage stellten.

Die Ergebnisse der Thementische:

Future Fashion (Philipp Keil)

- Um für das Thema Nachhaltige Bekleidung eine breitere Aufmerksamkeit zu generieren, sollen neue Zielgruppen angesprochen werden. Speziell modebewusste Schülerinnen und Schü-





ler sollen über die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auf das Thema aufmerksam gemacht werden.

- Man möchte gerne die Kreativwirtschaft als Multiplikatoren und Botschafter der Initiative mit ins Boot holen.
- Wichtig sei es mit einer frischen und neuen Werbekampagne das Thema im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit zu verankern. Generell wüssten die meisten Personen noch zu wenig über nachhaltig produzierte Kleidung und wo man diese erwerben könne.
- Für die Weiterentwicklung und Konkretisierung werde die SEZ eine Projektskizze erarbeiten und auf Basis dieser mit anderen Mitgliedern des REZ Kooperationsmöglichkeiten ausloten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (Sigrid Schell-Straub)

- Im Zentrum des Austausches stand die Frage, wie man die Entscheidungsträger überzeugen könne, BNE und Globales Lernen zu fördern.
- Man habe es geschafft BNE in den neuen Bildungsplänen als Leitperspektive zu verankern, nun müsse durch ressortübergreifende Gespräche die Umsetzung gestaltet werden. Bestandteil dieser Gespräche sollten die Rahmenverträge zwischen Schulen und NROs sein.
- Es wäre wünschenswert wenn die Personalkapazitäten für BNE im Kultusministerium ausgeweitet werden würden.
- Angelehnt an den CampusWeltbewerb der baden-württembergischen Hochschulen könnte man einen Wettbewerb Nachhaltigkeit unter Schulen organisieren.
- Zukünftig wolle man auch verstärkt auf Kommunen/Gemeindetag/Städtetag zugehen, um für die die Verankerung der BNE an außerschulischen Lernorten und in der Erwachsenenbildung zu werben.

Entwicklungszusammenarbeit in der Fläche (Barbara Ehrensberger / Kirsten Tretter)

- Neue Förderrichtlinien für mittlere und kleine Kommunen der SKEW oder über das Programm „Meine Deine Eine Welt“ würden den Kommunen es ermöglichen Projekte zu realisieren. Oftmals fehle es aber an Kapazitäten in den Verwaltungen um diese auch abzurufen.
- Einige Formate, wie Filmabende lassen sich sehr gut multiplizieren und man kann viele Menschen ansprechen.
- Um besser in die Fläche zu kommen, wäre es sinnvoll die einzelnen Netzwerke der REZ Mitglieder stärker miteinander zu verbinden.
- Einige Regionalpromotoren verfolgen die Strategie regionale Netzwerke auf Landkreisebene zu etablieren, um eine gemeinsames Forum zu kommunalen Zusammenarbeit im Themenbereich EZ zu etablieren. So könnten sich einige Bürgermeister von ihren Kollegen begeistern lassen.
- Wichtig sei es die Relevanz des Themas EZ für die einzelnen Kommunen und Bürger herauszuarbeiten. Nun wenn man es schaffe Verbindungen mit der Lebenswelt der Bürger herzustellen könne eine Verankerung erfolgreich sein.





Dohuk Initiative (Irene Mundel)

- Das Staatsministerium ist zurzeit damit beschäftigt, die Ausschreibung möglicher Projekte vorzubereiten. Dafür wird Ende September eine Delegation in den Nordirak reisen, um Gespräche vor Ort zu führen und sich einzelne Projekte anzusehen.
- Ziel ist, Projekte zu unterstützen, die langfristiger Natur sind, da Flüchtlingscamps dazu tendieren mehrere Jahrzehnte zu existieren.
- Baden-Württemberg ist im Verhältnis ein kleiner Akteur, daher sollten keine unrealistischen Erwartungen wecken. Schwerpunkt soll auf kleinen beispielhaften Projekten liegen.
- Zielgruppen sind sowohl Geflüchtete aus Syrien, als auch Binnenvertriebene und die lokale Bevölkerung. Projekte sollen allen Zielgruppen gerecht werden und die Partizipation der Betroffenen ermöglichen.
- Das Wissenschaftsministerium fördert die Gründung eines Instituts zur Therapeutenausbildung in Dohuk. Dort sollen jährlich 30 Ärzte und Psychologen befähigt werden traumatisierten Menschen zu helfen. Das von Prof. Jan Ilhan Kizilhan initiierte Projekt soll im Frühjahr 2017 starten.

Entwicklungspolitische Akteurslandkarte (Gabriele Winkler / Ralf Häußler)

- Die Idee ist, allen Interessierten eine Handreichung mit allen entwicklungspolitischen Akteuren in Baden-Württemberg zu Verfügung zu stellen. Diese soll möglichst übersichtlich, aber auch vollständig sein.
- Es wird überlegt, ob auch Fördermöglichkeiten aufgenommen werden sollen.
- Möglicherweise könnte aus der Übersicht eine gemeinsame Plattform für Baden-Württemberg entstehen, die dazu beitragen könnte die Sichtbarkeit von Initiativen und Akteure zu erhöhen. Doch sind noch einige Fragen offen: Wer nimmt die Sache in die Hand? Wie könnte die Finanzierung aussehen?
- Bis Ende des Jahres soll die Akteurslandkarte fertig sein und dann an die REZ Mitglieder gesendet werden.

Umsetzung der SDG im Land (Claudia Duppel / Volker Wehle / Nadia von Scheidt)

- Die Umsetzung, der im Rahmen der Agenda 2030 beschlossenen Ziele Nachhaltiger Entwicklung, bedarf der Mitwirkung unterschiedlichster Akteure (Konsumenten, öffentliche Beschaffer, Gesetzgeber, Unternehmer, Kommunen)
- Hemmnisse für die Umsetzung dieses ganzheitlichen Ansatzes bestehen im vorherrschenden Denken von Verwaltungen und Organisationen in Ressortgrenzen und Zuständigkeiten.
- Für eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele sollen die Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen gewonnen werden. Dazu sollen die 17 Ziele in geeignetes Vokabular übersetzt und an die Lebensrealitäten angeknüpft werden.
- Große Bedeutung wird der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zukommen. Derzeit wird daran gearbeitet, die SDGs in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen.





- Es braucht quantifizierbare Indikatoren, um Fortschritte bei der Umsetzung messen zu können.
- Derzeit werden 17 Veranstaltungen an 17 verschiedenen Orten geplant, um die 17 Ziele einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen
- Viele Ziele überschneiden sich mit den Anliegen einzelner Organisationen und NGOs. Diese sollen als Paten miteinbezogen werden. Eine zentrale Steuerung (eventuell Staatsministerium?) sei notwendig und wünschenswert.

Flüchtlingsdialoge (Paulino Miguel / Timo Peters)

- Mit dem Ziel die Flüchtlingsdialoge zu etablieren wird eine verstärkte Kooperation mit bestehenden Netzwerken und Akteuren (Entwicklungspolitik etc.) als sinnvoll erachtet.
- Kommunale Flüchtlingsdialoge können durch die Vernetzung mit weiteren kommunalen Aktivitäten (Fair-Trade Town, Nachhaltigkeitsstrategie) möglicherweise verstetigt werden.
- Die Beteiligten sollten die Einbeziehung von Migranten, die schon seit längerer Zeit in Deutschland leben und ihre eigenen Erfahrungen miteinbringen können, verstärkt fördern.
- Die Möglichkeit neben Kommunen auch Zivilgesellschaftliche Akteure, die eigene Flüchtlingsdialogen veranstalten wollen, finanziell zu fördern sollte geprüft werden.
- Je nach Veranstaltungsort sollen die Promotoren, oder auch Ansprechpartner für Geflüchtete an Hochschulen etc. mit eingeladen werden.

Vortrag: *Beteiligung im ländlichen Raum* (Prof. Dr. Paul Stefan Ross, DHBW)

Prof. Dr. Paul Stefan Ross von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg verband mit seinem Vortrag das Ziel den Teilnehmenden einen Einblick in Strukturen, Eigenarten und Entwicklungen von bürgerschaftlichem Engagement in kleineren Kommunen zu bieten. Er begleite seit über 20 Jahren Bürgerbeteiligungsprojekte in Baden-Württemberg zu unterschiedlichen Themen, wie Lokale Agenda, Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder zugewanderten Menschen. Eng verbunden sei er mit dem Gemeinnetzwerk bürgerschaftlichen Engagements BW, einem Zusammenschluss von 181 kleineren Städte und Gemeinden, die versuchten seit 2001 neue Wege der Förderung von Bürgerbeteiligung zu gehen. Seinem Vortrag schickte er vier Vorbemerkungen voraus. Erstens seien Flucht und Migration eine Seite von Internationalisierung und Globalisierung und daher trügen auch die Menschen hierzulande eine Mitverantwortung. Zweitens stünde mit der Inklusion, verstanden als selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft, die größte Aufgabe in diesem Zusammenhang noch bevor. Drittens müsse man aufpassen, die unterschiedlichen Gruppen, die um Teilhabe kämpfen, wie Menschen mit Behinderung nicht gegeneinander auszuspielen. Viertens sei das Ermöglichen der Teilhabe unterschiedlichster Gruppen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Prof. Ross gibt es zentrale Unterschiede zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement im ländlichen Raum und in Städten. Ihn überrasche immer wieder wie schnell es von der Problemwahrnehmung, über Nachdenken, zum Handeln komme. Prozesse die in Städten ein Jahr bedürfen seien in kleinen Kommunen innerhalb von vier Wochen abgeschlossen. Kleine Kommunen würden in der Regel zu pragmatischem Handeln





neigen. Vieles würde ausprobiert und wenn es nicht klappt auch wieder verworfen, dabei gehe Geschwindigkeit manchmal zu Lasten intensiver Diskussion. Von Vorteil sei, dass durch schnelle Prozesse kaum Energie der Beteiligten verloren gehe. Im ländlichen Raum würde das Leben zumeist noch in seiner Ganzheit wahrgenommen und verliere sich nicht in unterschiedlichen Zuständigkeiten. Kennzeichnend für ehrenamtlichen Engagement in kleinen Kommunen sei außerdem die Möglichkeit nicht nur mitzumachen, sondern auch mitzubestimmen. Das in Dörfern verbreitetere Gefühl der Zusammengehörigkeit biete Vor- und Nachteile für Bürgerbeteiligungsprozesse. Zum einen motiviere es Viele teilzunehmen, zum anderen könne es auch Abschließungskräfte gegen Neues entfalten. Eine bedeutende Rolle falle auch den Bürgermeistern zu. So könnten diese sowohl für Aufbruchsstimmung sorgen, als auch Prozesse bremsen und behindern.

Speziell für Geflüchtete sei der ländliche Raum als Ort der Inklusion meist von Interesse, da viele selbst aus ländlichen Regionen kämen und – trotz aller Verschiedenheiten – sich mit der dörflichen Identität eher anfreunden könnten. Grundsätzlich biete sich, nach Meinung von Prof. Ross, die Flüchtlingsthematik gut für Prozesse der Bürgerbeteiligung an. Er plädierte dafür, dass bei solchen Prozessen alle Betroffenen an der Entscheidung beteiligt werden sollten. Entscheidungsprozesse unter Beteiligung der Bürger seien am Anfang aufwändiger, doch böten sie eine höhere Qualität im Ergebnis. Es sei nicht notwendig alle Entscheidungen in einer Gemeinde durch Beteiligungsformen zu ergänzen, vielmehr sollen einzelne, dafür prädestinierte Themen bearbeitet werden. Wichtig dabei sei die Rollenverteilung zwischen Verwaltung, gewählter Vertretung und den Bürgern transparent zu machen und die Ziele zu definieren. Die reine Information der Bürger werde zu oft noch mit Beteiligung verwechselt. Des Weiteren sei eine Professionalisierung durch Expertenunterstützung angebracht, die ausgehend vom jeweiligen Thema den Prozess begleiten und die adäquaten Methoden auswählen. Schlecht gemachte Beteiligung berge die Gefahr die beteiligten Bürger frustriert zurückzulassen und zukünftige Beteiligungsformate zu erschweren. In der Diskussion wurde deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum sehr stark von einzelnen Personen getragen wird. Für das Gelingen von Bürgerbeteiligung sei es daher zielführend die jeweiligen Interessenslagen der Akteure vor Ort zu berücksichtigen, anstatt sich auf die Etablierung von Strukturen zu konzentrieren. Eine Einbindung von vor kurzem zugewanderten Menschen erscheint vielfach schwierig. Eine Möglichkeit deren Bedürfnisse einfließen zu lassen könnte durch die Einbeziehung von Migranten im Sinne einer stellvertretenden Beteiligung erfolgen. Insgesamt stehe man vor einem Wandel des bürgerschaftlichen Engagements. Zum einen fänden sich immer weniger Personen die für längere Zeit in Vereinen und Initiativen mitarbeiten. So sei es oft nicht einfach Personen zu Übernahme von Vereinsaufgaben (Kassierer etc.) zu gewinnen. Zum anderen steige aber die Zahl der Leute, die sich ehrenamtlich engagieren und die Themenvielfalt nehme zu. Zukünftig müsse man sich daher verstärkt darüber Gedanken machen, wie beispielsweise durch eine (Teil-)Professionalisierung auf diese Veränderungen reagiert werden könne. Es wurde dafür plädiert verstärkt Anlaufstellen zu schaffen, die ehrenamtliche Engagement mit Expertise beraten und somit oft erst ermöglichen.

Kamingespräch mit Frau Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Beteiligung:

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde eröffnete Frau Erler das Gespräch mit einem Impuls über die Notwendigkeit, durch Investitionen in Afrika, Fluchtursachen zu bekämpfen. Nur durch eine Stabilisierung der Demokratien und einer europäischen Afrikapolitik, die wirtschaftliche Impulse setzt und somit die Beschäftigungssituation vor Ort verbessert, sei es möglich den Migrationsdruck zu verrin-





gern. Im Folgenden wurden einige, der am Nachmittag an den Thementischen diskutierten Punkte aufgenommen und vertieft. In Bezug auf Future Fashion wurden folgende Aspekte angesprochen. Die Möglichkeit neue Werkstoffe, ansprechende Mode und junge Designer, die aus baden-württembergischen Hochschulen hervorgegangen sind mit ethisch produzierten Textilien zu verbinden; Jungen Unternehmen eine Plattform zu bieten, um aus der Nische zu kommen; Die Konsumenten über die unterschiedliche Textilsigel aufzuklären; Die Möglichkeit Textilsigel bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand in den Kriterienkatalog aufzunehmen. Darüber hinaus wurde überlegt, ob es sinnvoll sei Fairer Kleidung einen größeren Stellenwert in den Partnerschaften mit Regionen, die traditionell Textilverarbeitung betreiben, wie Tunesien und Maharashtra (Indien) einzuräumen.

Mit dem Ziel die Bürger über die Sustainable Development Goals zu informieren und deren Umsetzung in Baden-Württemberg zu befördern regte Frau Erler einen Dialogprozess an. In diesem sollten Stakeholder, aus Verbänden, Initiativen und der Wirtschaft mit „Zufallsbürgern“ die Möglichkeit erhalten über die 17 Ziele (oder Teilen davon) zu beraten. Die Zufallsbürger sollten im Alter und Geschlecht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sein. Möglich sei auch speziell Jugendliche in Schulen anzusprechen. Wünschenswert seien mehrere Veranstaltungen in den unterschiedlichen Regionen Baden-Württembergs. Mit dem Dialogprozess sei die Intention verbunden, die Identifikation mit den Zielen zu erhöhen, konkrete Anknüpfungspunkte zu schaffen und herauszufinden welchen Resonanzraum die Ziele in der Bevölkerung haben könnten. Neben der Information der Bevölkerung über die SDG war es den Gesprächsteilnehmern auch wichtig Möglichkeiten der Adressierung im politischen Bereich auszuloten. Um die Agenda 2030 als handlungsleitende Perspektive zu verankern, sei es wichtig von Projekten in die Struktur zu kommen. Zum einen müssten die die Verwaltungen für die Ziele und Themen sensibilisiert werden, dazu können interministerielle Arbeitsgruppen beitragen. Genauso könnten die SDGs auch Tagesordnungspunkt im Kabinettsausschuss für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft werden. Frau Erler führte aus, dass es in den letzten Jahren beispielsweise gelungen sei Bürgerbeteiligungsprozesse bei Infrastrukturvorhaben so gut zu verankern, dass diese bei Neuvorhaben automatisch mitgedacht werden.

Vortrag: Umsetzung der Agenda 2030: Herausforderungen für die Entwicklungspolitik (Dr. Wolfram Stierle, BMZ)

Dr. Wolfram Stierle, aus der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) referierte über den Stand der Umsetzung der Agenda 2030. Der Agenda 2030 misst er große Bedeutung zu, da diese die beigetretenen Staaten dazu verpflichte über Ihre Bemühungen auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung Rechenschaft abzulegen. Die 17 Ziele (SDGs), die nach Auffassung von Dr. Wolfram Stierle, nicht auseinanderdividiert werden sollen, zeigen, dass Entwicklung alle betreffe. Jeder Staat wirke durch sein Engagement auf drei Ebenen. (1) Wirkung im Heimatland, (2) Wirkungen weltweit und auf globale Güter, (3) und Wirkungen auf andere Staaten und internationale Prozesse. Für Dr. Wolfram Stierle führe die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit den Zielen „Gerechtigkeit und Schöpfung“ zwei Kulturen zusammen. Zentrale Elemente seien (1) ein Leben in Würde für alle in den planetarischen Grenzen zu ermöglichen, (2) die Umsetzung beginne bei uns, (3) Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren müsse neu gedacht



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM





werde, (4) die Orientierung an den Schwächsten und (5) eine gute Planung sei essentiell für eine erfolgreiche Umsetzung. Wichtig sei ihm, dass die Trias der Nachhaltigkeit (ökonomisch, sozial, ökologisch) um eine politisch-kulturelle Dimension ergänzt werde. In den letzten Jahren sei zu sehr technisch gedacht worden, und die wichtige Frage wie wir in Zukunft leben wollen sei vernachlässigt worden. Als einen Grund für die Priorisierung technischer Aspekte identifizierte Dr. Wolfram Stierle das Fehlen einer adäquaten Sprache in den Vereinten Nationen und der EU. Daher sei es Zeit die Kulturdimension verstärkt in den Fokus zu nehmen. Mit der „International Partnership on Religion and Sustainable Development (PARSD)“ verfolge man das Ziel die Expertise und langjährigen Erfahrung der Kirchen im Schlüsselbereich „globale Partnerschaft“ nutzbar zu machen. In vielen Ländern

könne ohne den Beitrag der Religionen keine Transformation zustande kommen. Das Überschreiten der planetarischen Grenzen in den Bereichen Artenvielfalt und Stickstoff zeige, dass die Zeit zum Umsteuern dränge. Nach einer Studie der Bertelsmannstiftung nehme Deutschland zwar den sechsten Rang unter den OECD Ländern ein, weise aber in Bezug auf Biodiversität und Wasser noch große Defizite auf. Darüber hinaus habe die Studie, laut Dr. Wolfram Stierle, die globalen Auswirkungen, die beispielsweise der virtuelle Wasserverbrauch oder der ökologische Fußabdruck sichtbar machen, gar nicht in ihre Analyse miteinbezogen.

Die Finanzierung der Ziele der Agenda 2030 solle durch Beiträge unterschiedlicher Akteure ermöglicht werden. Klassische Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (ODA), nachhaltige private Investitionen, Einnahmen der Entwicklungsländer und durch gerechte Handelsabkommen. Wobei Steuereinnahmen den größten Beitrag leisten würden. Die Bundesregierung solle daher ihre Bemühungen Entwicklungsländer beim Aufbau transparenter und effizienter Systeme öffentlicher Finanzierung zu unterstützen weiter fortführen. Im weiteren Verlauf seines Vortrags analysierte Dr. Wolfram Stierle die Ansichten und das Selbstverständnis wichtiger Akteure bei der Umsetzung der Agenda 2030. Die Bundesregierung überarbeite zurzeit die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und das Weißbuch zur Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 2030. Diese sollen als politische Leitlinien für alle Ressort Gültigkeit besitzen. Darüber hinaus beschäftige sich die Bundesregierung mit der Datensammlung, um über ein adäquates Indikatorenset, das derzeit im BMZ erarbeitet werde, den Stand der Umsetzung beurteilen zu können. Das BMZ unterstütze über eine verstärkte Inlandsarbeit (Engagement Global etc.) auch Ländern und Kommunen bei der Umsetzung. Den Kommunen falle, so Dr. Wolfram Stierle, eine wichtige Rolle bei der Zielerreichung zu, da sie der Ort praktischer Umsetzung seien. Venro, als Akteur der Zivilgesellschaft, sehe seine Rolle als kritischer Begleiter des Agenda Prozesses und versuche durch zielgruppenspezifische Sprache zur Akzeptanz beizutragen. Die Wirtschaft habe im BDI einige Referentenstellen geschaffen, doch werde die Umsetzung der Agenda 2030 primär als politische Aufgabe wahrgenommen. Der Fokus liege stark auf den internationalen Standorten deutscher Unternehmen und der Furcht vor Wettbewerbsnachteilen. Für Dr. Wolfram Stierle äußert sich die Friedrich-Ebert-Stiftung unter den politischen Stiftungen am differenziertesten, indem sie neben der ökologischen Dimension auch soziale Aspekte im Süden in den Fokus nimmt. Für die Ökumene sind die SDGs eine vage Absichtserklärung, bei der wichtige Fragen bezüglich Finanzierung und Konkretisierung fehlen. Doch habe die Agenda 2030 durch die Verbindung unterschiedlicher Themenbereiche, Frieden als Entwicklungszeit und dem Fokus auf Menschenrechte auch einige positive Aspekte. Nach einem Jahr seien nach Auffassung der Ökumene (Werner Gebert) noch keine strukturellen Veränderungen zu beobachten.

Abschließend verwies Dr. Wolfram Stierle auf 10 Punkte, die nach seiner Auffassung für die Umset-





zung wichtig seien. (1) Die SDGs solle man als Streitansage begreifen und offen mit Kollegen aus anderen Ressorts Zielkonflikte ansprechen. (2) Die Silomentalität müsse überwunden werden. (3) Die Indikatorendebatte sei wichtig, da nur diese eine Rechenschaft über das Erreichen der Ziele ermöglichen. (4) Ungleichheit und Umweltfragen müssen verstärkt miteinander verbunden werden. (5) Die kulturelle Dimension müsse betont werden (6) Es sei noch offen, ob es zu mehr nachhaltiger Politik oder zu einer Renationalisierung komme. (7) Institutionelle Defizite in EU, VN und Wirtschaft müssen angegangen werden. (8) Für die Umsetzung wäre es sehr sinnvoll wenn alle Akteure (Stakeholder) über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen würden (9) Die Transformation müsse ernsthaft angegangen werden (Decarbonisierung) (10) Zielkonflikte zwischen den SDGs müssen thematisiert werden.

Vortrag: Herausforderung Populismus (Lucius Teidelbaum, freier Journalist)

Lucius Teidelbaum, freier Journalist und Historiker aus Tübingen, referierte in seinem Vortrag über Rechtspopulismus und Ansätze diesem zu begegnen. Seit über 10 Jahren arbeitet Herr Teidelbaum als investigativer Journalist und veröffentlicht Artikel und Bücher über rechte Strukturen. In seinen Analysen stützt er sich auf Publikationen und Veröffentlichungen rechter Gruppierungen, Besuchen von rechten Veranstaltungen (PEGIDA, AFD etc.) und einschlägiger Sekundärliteratur. Zu Beginn seines Vortrages betonte Lucius Teidelbaum, dass die Extreme Rechte kein homogener geschlossener Block sei, sondern vielmehr viele unterschiedliche Strömungen umfasse. Darüber hinaus gebe es eine Vielzahl von Personen, die nicht direkt der Extremen Rechten zuzuordnen seien, die aber Berührungspunkte und inhaltliche Überschneidungen mit rechten Position haben. Als Beispiel könne Thilo Sarrazin dienen, der als SPD Mitglied in seinen Büchern dezidiert rechtspopulistisch argumentiere. Klassische Vertreter des Rechtspopulismus in Europa sind Geert Wilders, Marine Le Pen oder der schon verstorbene FPÖ Vorsitzende Jörg Heider. Ziel dieser Personen und Parteien sei eine autoritäre Verschärfung der Gesellschaft zu befördern. Darin unterscheide sich auch der Rechts vom Linkspopulismus, der ein mehr an Beteiligung und Selbstverwaltung fordere. Ein verbindendes Element sei die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Trotz einiger Gemeinsamkeiten, so plädierte Lucius Teidelbaum, solle man die Analogisierung von Recht- und Linksextremismus vermeiden und beide politischen Spektren für sich analysieren.

Der Begriff Extreme Rechte ist ein Überbegriff für unterschiedliche Bewegungen, wie Neonazismus, Neue Rechte und Rechtspopulismus. Der Rechtspopulismus unterscheide sich grundlegend indem er keiner festen und starren Agenda folge, Themen pragmatisch wähle (und dabei Anknüpfungspunkte in unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sucht), und sich dezidiert von der NS-Ideologie distanzieren. Ziel sei kein Systemsturz, sondern die Aushöhlung demokratischer Entscheidungsprozesse.

Um eine größere Wählerschaft zu gewinnen, verfolgen Rechtspopulisten eine eigene Öffentlichkeitsstrategie. So werden kalkulierte Skandale und die darauffolgende Kritik in den Medien gezielt genutzt, um sich selbst als Opfer einer vermeintlichen Meinungsdiktatur zu präsentieren. Der eigene Diskurs zielt auf ein Image als Anti-Establishment und Anti-Elitäre Parteien, die die Interessen der schweigenden Mehrheit vertreten würde. Durch gezielte Beförderung von Ressentiments gegen Ausländer, Südeuropäer, Muslime und Flüchtlinge soll die eigene Identität gestärkt werden. So spricht Bernd Höcke beispielsweise von 65 Millionen Deutschen in der BRD und grenzt somit alle in Deutschland wohnenden Personen mit Migrationsgeschichte aus.

Ursachen für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien sieht Lucius Teidelbaum in einer zunehmenden Entfremdung von der etablierten Politik, einer scheinbaren Alternativlosigkeit und der Entleerung der parlamentarischen Demokratie, in der Entscheidungen nicht mehr offen Ausgetragen werden. Dazu komme eine Entsolidarisierung in der Gesellschaft und Angst vor Status- und Privilegienverlust der Mit-



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM





telschicht.

In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien sei es, nach Meinung von Lucius Teidelbaum, besonders wichtig den Rechtspopulismus nicht als Rechtsextremismus light zu verharmlosen und inhaltliche Zugeständnisse zu machen, mit der Absicht diesen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vielmehr könne eine erfolgreiche Strategie darin bestehen, durch Beteiligungsverfahren wieder mehr Personen für Politik zu interessieren, echte Alternative anzubieten und die Bedürfnisse von sozial marginalisierten Menschen wieder verstärkt in den Fokus zu nehmen. Die demokratischen Parteien sollten sich in der Auseinandersetzung nicht verstecken und Rassismus auch immer als Rassismus benennen. In der Diskussion wurde betont, dass konkrete Aktionen, wie Bildung gegen Rechts oder Gemeinsamkeit schaffende Aktivitäten, wie Sport, Schule und Arbeit gute Möglichkeiten seien, um den Zulauf der Rech-

ten zu stoppen. Nach Einschätzung von Lucius Teidelbaum ist das Wählerpotenzial der AFD mit 24%, wie in Sachsen-Anhalt, ausgeschöpft. Für die Partei ALFA sehe er, durch die Konkurrenz der AFD, keine Chancen sich in der Politik in Baden-Württemberg oder Deutschland zu etablieren.

Mauricio Salazar bedankte sich im Anschluss an den Vortrag im Namen der Evangelischen Akademie Bad Boll bei allen Referenten und Teilnehmenden für ihre Mitwirkung an der Klausurtagung.



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

